



Kurzbericht

über die 27. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 28. März 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/429](#)

Der Ausschuss beriet die Vorlage mit Vertretern des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration sowie des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD). Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen bei Enthaltung der Opposition beschloss er, die Beratung des Gesetzentwurfes in seiner Sitzung am 18. April 2018 abzuschließen, sodass dem Landtag zur April-Tagung ein Votum zugeleitet werden kann.

Der Ausschuss erteilte den Auftrag an den Wissenschaftlichen Dienst, möglichst bis zum 18. April 2018 zu prüfen, welche rechtlichen Konsequenzen sich durch eine Verzögerung der Anpassung des Landesrechts ergäben.

2. Kommunalen Wohnungsbau stärken - innovative Wohnkonzepte fördern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/462](#)

Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnraum weiter verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/478](#)

Der Ausschuss kam überein, am 18. April 2018 abschließend über die Anträge zu beraten und dem Landtag ein Votum zur April-Tagung zuzuleiten.

3. Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)

Alternativantrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/463](#) (neu)

Sachliche Information zu Schwangerschaftsabbrüchen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/482](#)

Der Ausschuss kam einstimmig überein, sich dem Anhörungsverfahren des mitberatenden Sozialausschusses anzuschließen.

4. Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/145](#)

Emissionssenkung im Straßenverkehr

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/203](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, gegenüber dem Umwelt- und Agrarausschuss von einer Stellungnahme zu den Vorlagen abzusehen, weil kein entsprechender fachlicher Bezug vorhanden ist.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/403](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/564](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 20. April 2018 anzuzeigen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/581](#) (neu)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 20. April 2018 anzuzeigen.

8. Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufnehmen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/587](#) (neu)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 20. April 2018 anzuzeigen.

9. **Bericht der Landesregierung zum Antrag "Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein" vom 25. September 2013 - [Drucksache 18/1142](#) (neu), zum Antrag "Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes" - [Drucksache 18/3003](#) sowie zum Antrag "Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" - [Drucksache 18/3529](#)**
Bericht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration
[Drucksache 19/473](#)

Der Ausschuss bat das Innenministerium, den Bericht in einer seiner nächsten Sitzungen vorzustellen.

10. **Verschiedenes**

Am 18. April 2018 wird der Ausschuss zunächst von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr mit Vertretern der „Special Olympics“ beraten, bevor ab 14:00 Uhr die reguläre Ausschusssitzung stattfinden wird.

Der Ausschuss beschloss, am 18. April 2018 abschließend über die Zulässigkeit von zwei Volksinitiativen zur Windenergie ([Umdrucke 19/772](#) und [19/773](#)) zu beraten.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder